



Noch vertrauenswürdig? Konzept und Empirie des gesellschaftlichen Vertrauens in politische Parteien

Dr. Heiko Biehl

**am 20. Oktober 2011
in Trier**

Gliederung

- Vertrauen in der sozialwissenschaftlichen Forschung
- Kontroverse um Vertrauen als sozialwissenschaftliche Kategorie
- Datenbasis
- Vertrauen in politische Parteien im Institutionen- und internationalen Vergleich sowie im Zeitverlauf
- Vertrauensverlust der Parteien. Modernisierungseffekt oder Krisensymptom?
- Vertrauen in Parteien – eine gemischte Bilanz

Vertrauen in der sozialwissenschaftlichen Forschung

- Fester Bestandteil gängiger Umfrageforschung
- Hochphase sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Vertrauen vor etwa 10 Jahren (Sozialkapitalforschung Putnam, Transformationsstaaten)
- Ergänzungen und Erweiterungen (Elitenvertrauen, Vertrauen in Organisationen, Vertrauen als ökonomische Kategorie ...)
- Soziologische und politikwissenschaftliche Tradition (u. a. Luhmann, Easton)

Kontroverse um Vertrauen als sozialwissenschaftliche Kategorie

Pro

- Vertrauen verbindet Erfahrungen, gegenwärtige Entscheidungen und Zukunftsaussichten (Luhmann: Vertrauen als ‚riskante Vorleistung‘)
- Ergänzt struktur- und akteurzentrierte Erklärungsansätze
- Empirisch differenziert: Varianz zwischen Nationen, Organisationen und über die Zeit

Contra

- Unterschiedliche Begriffsverständnisse
- Allenfalls latente Größe – wesentlicher sind tatsächliche Entscheidungen und Handlungen
- Geringes Vertrauen = Artikulation von Unmut (Stimmung, keine Einstellung)
- Vertrauen in Parteien nicht generalisierbar, sondern stets spezifisch

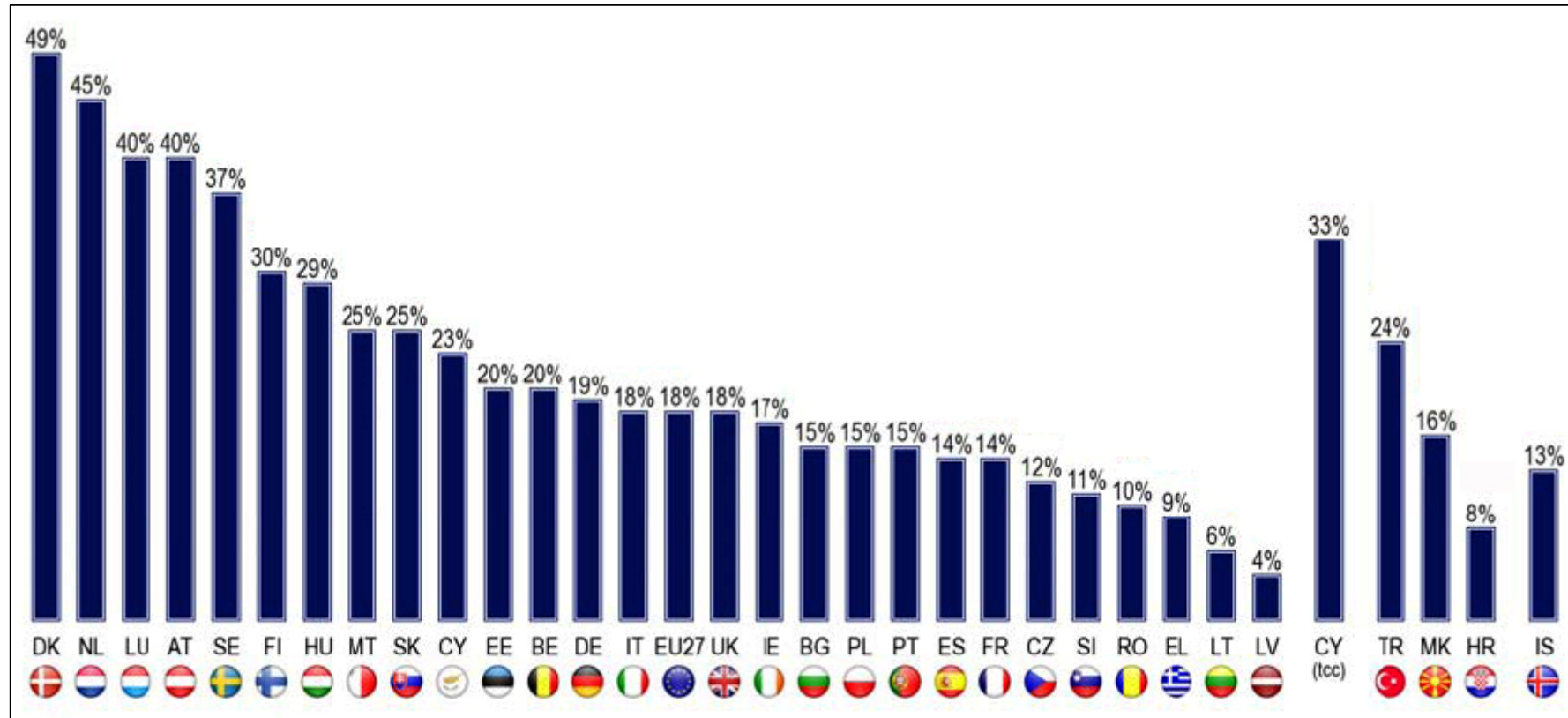
Datenbasis

- Bevölkerungsumfragen des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr
- Jährlich seit 1996
- Sicherheitspolitische Einstellungen der Bundesbürger
- Aber auch Vertrauen in diverse Einrichtungen (auch Parteien) sowie generelle politische Einstellungen und soziodemographische Angaben
- Ergänzt durch Zeitreihen anderer Umfragen

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen, die der jeweiligen Institution insgesamt vertrauen.					
	Vertraue voll und ganz bzw. überwiegend	Vertraue eher	Vertraue eher nicht	Vertraue überhaupt nicht bzw. überwiegend nicht	Veränderung 2010 zu 2009
1. Polizei	59	30	6	3	-1
2. Bundeswehr	54	34	6	3	0
3. Öffentliche Schulen	54	33	8	3	+1
4. Bundeskriminalamt	49	33	7	4	0
5. Bundesverfassungsgericht	49	32	9	4	-2
6. Bundesnachrichtendienst	28	35	15	9	+1
7. Gesetzl. Krankenvers.	27	35	23	11	-2
8. Gewerkschaften	22	37	22	11	-1
9. Evangelische Kirche	24	33	18	13	-7
10. Gesetzl. Rentenvers.	22	33	26	15	-1
11. Deutscher Bundestag	22	31	28	15	-14
12. Bundesagentur für Arbeit	16	30	25	22	+5
13. Bundesregierung	17	27	30	22	-17
14. Katholische Kirche	18	21	26	25	-16
15. Politische Parteien	6	23	35	32	-7

Quelle: SOWI-Bevölkerungsbefragung 2010

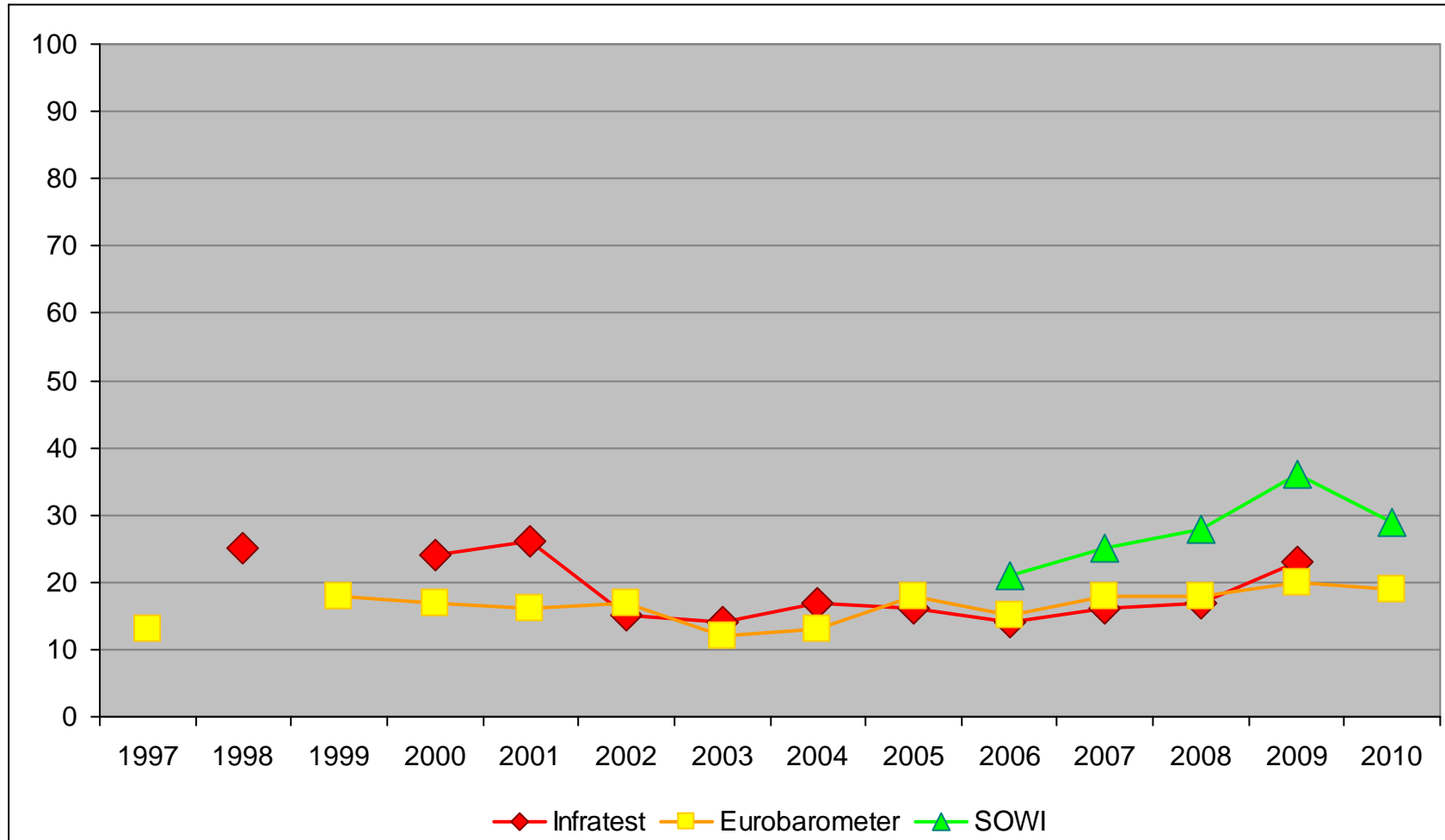
Vertrauen in Parteien im europäischen Vergleich

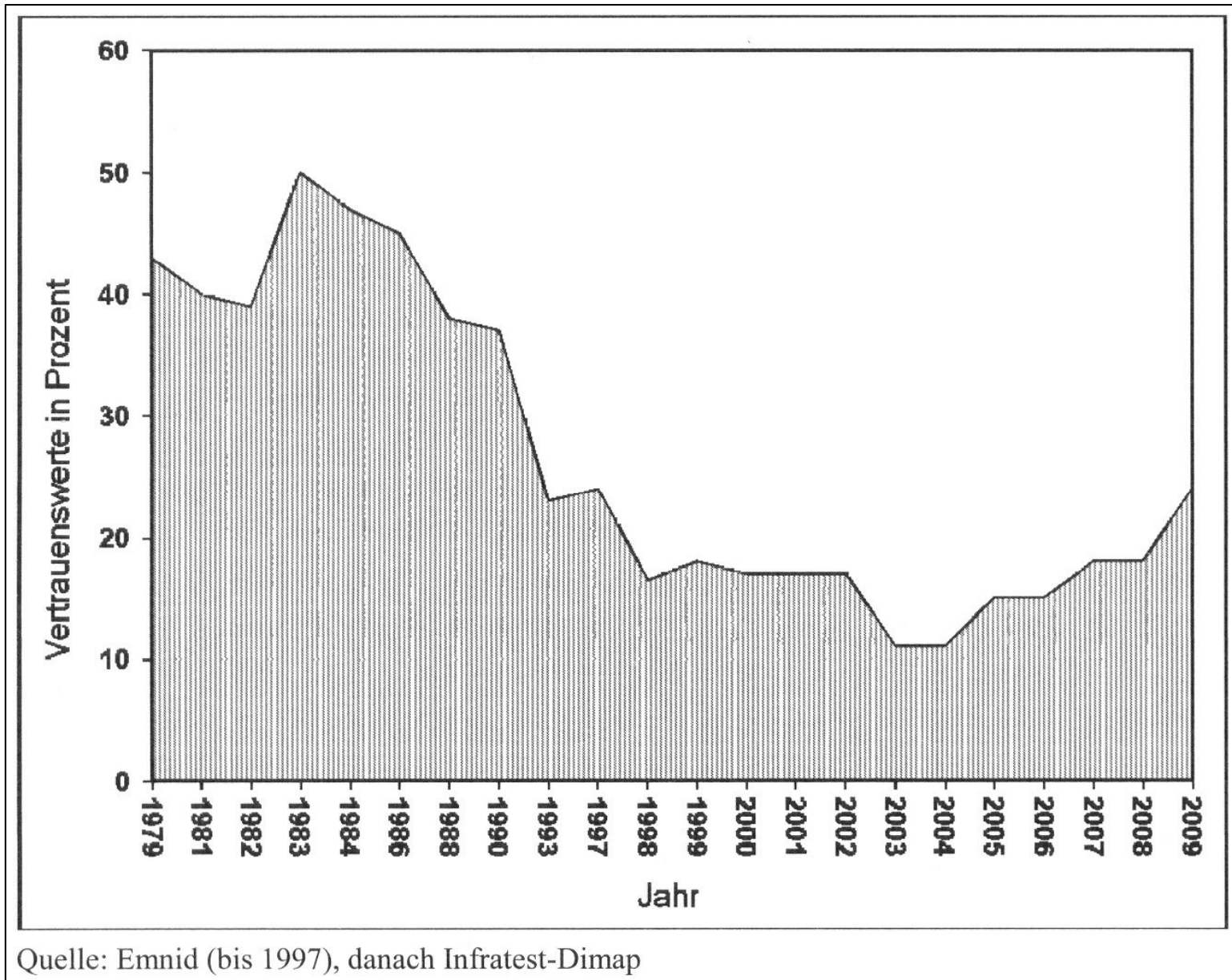


Quelle: Standard-Eurobarometer 73 – Frühjahr 2010

QA14.1. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit den politischen Parteien? Angaben „eher vertrauen“ in Prozent.

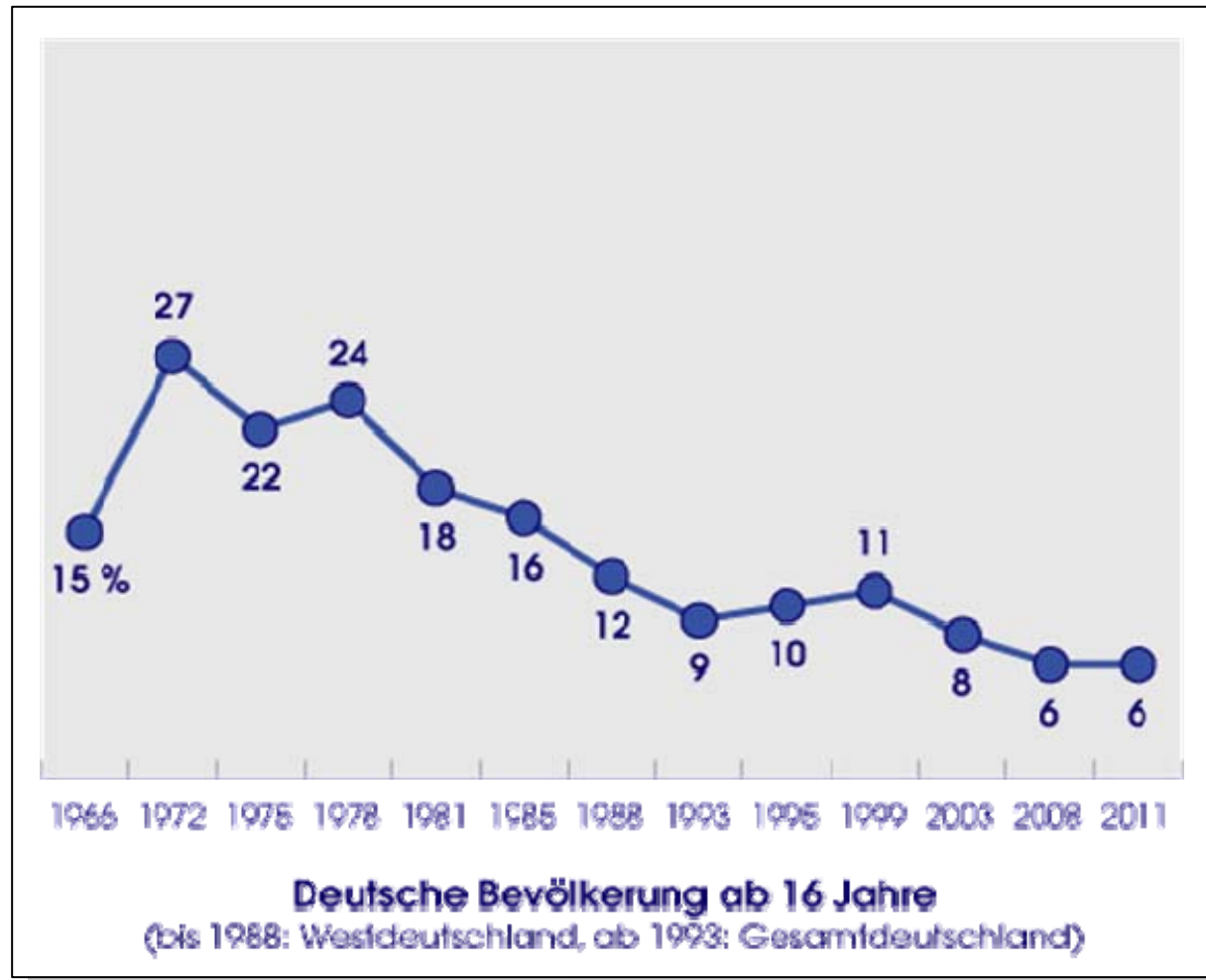
Vertrauen in politische Parteien – Befunde verschiedener Umfragen





Quelle: Wiesendahl, Elmar (2011): Volksparteien, Aufstieg, Krise, Zukunft. Opladen: Budrich Verlag, S. 211

Berufsansetzen Politiker



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10067, Februar 2011

Entwicklung Parteienvertrauen

- In Deutschland geringer als das Vertrauen zu allen anderen öffentlichen Einrichtungen
- Parteienvertrauen in allen Untersuchungen seit geraumer Zeit auf niedrigem Niveau stagnierend
- Höchststand in den 1970er Jahren
- Parteien bilden mit anderen Institutionen (i.d.R. Bundesregierung, Bundestag) eine Dimension ‚Politische Institutionen‘
- Deutschland im europäischen Vergleich eher im Mittelfeld bzw. auf hinteren Rängen

Bewertung der Befunde

1. Modernisierungseffekt

- Rückgang unproblematisch
- Resultat von Bildungsexpansion, stärkerem politischen Interesse, Individualisierungsprozessen und Skepsis gegenüber Autoritäten
- Indiz für ‚reifere Bürger‘

➔ im Ergebnis für die Demokratie stabilisierend

2. Krisensymptom

- Rückgang problematisch, da Resultat von Unzufriedenheit, Desinteresse und Abkehr von etablierten Institutionen
- Geht einher mit anderen Krisenindikatoren (Mitgliederschwund, Fragmentierung Parteiensystem, Erosion soziokultureller Milieus, rückläufige Wahlbeteiligungen, Aufkommen Protestparteien)
- Ausdruck von Repräsentationsdefiziten und Funktionsverlusten der Parteien

➔ stellt eine Belastung für das demokratische System dar

Konkurrierende Hypothesen

1. Gemäß Modernisierungsthese sollten insbesondere ressourcenstarke, interessierte Bürger (Mittelschicht) geringes Vertrauen in Parteien haben
2. Laut Krisenthese sollten eher ressourcenschwächere, wenig integrierte und interessierte Bürger geringeres Vertrauen in Parteien haben

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen, die den politischen Parteien insgesamt vertrauen.		
	(eher) vertrauen	(eher) nicht vertrauen
Insgesamt	30	70
Geschlecht		
Männer	28	72
Frauen	32	68
Alter		
16 bis 29 Jahre	32	69
30 bis 49 Jahre	28	72
50 bis 69 Jahre	30	70
70 Jahre und älter	32	68
Schulabschluss**		
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	29	71
Realschulabschluss	29	71
Hauptschulabschluss bzw. kein Schulabschluss	31	69
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat**		
3.000 Euro und mehr	34	66
1.500 bis unter 3.000 Euro	30	70
unter 1.500 Euro	27	73

Quelle: Eigene Berechnungen der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2010

Frage: „Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder misstrauen Sie ihnen?“ (Angaben in Prozent); Sortierung nach dem Anteil der Personen, die den politischen Parteien insgesamt vertrauen.		
	(eher) vertrauen	(eher) nicht vertrauen
Parteipräferenz***		
CDU/CSU	42	58
FDP	40	60
SPD	39	61
Bündnis 90/Die Grünen	30	70
Die Linke	15	85
Keine Parteipräferenz	18	82
Region***		
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	27	73
Süddeutschland (BW, BY)	32	68
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	65
<i>Alte Bundesländer (insgesamt)</i>	33	67
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	21	80

Quelle: Eigene Berechnungen der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2010

Erklärungsgrößen für das Vertrauen in politische Parteien

	beta
Parteiidentifikation (Referenzkategorie: Keine Parteiidentifikation)	
Union, SPD, FDP, Grüne	.23***
Linke	n.s.
Bedrohung durch:	
Konflikt & Krieg	n.s.
Sozio-ökonomische Gefährdungen	-.08**
Umweltverschmutzung	n.s.
Mediennutzung	
Qualitätspresse	.20***
Persönliche Information	.10**
Konventionelle Medien	n.s.
Internet	n.s.
Privatsender	n.s.
Beurteilung Sicherheitslage	.11***
Politisches Interesse	n.s.
Geschlecht	-.09**
Alter	n.s.
Bildung	n.s.
ABL - NBL	.07*
Haushaltseinkommen	n.s.
Erklärte Varianz	.15
Fallzahl	1.366

Quelle: Eigene Berechnungen der SOWI-Bevölkerungsbefragung 2010

Vertrauen in politische Parteien – eine gemischte Bilanz

- Stabil geringes Vertrauen in politische Parteien
 - Vertrauen in die Parteien über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gering
 - Etwas höher bei politisch gebundenen Bürgern mit engagiertem Informationsverhalten
 - Nochmals geringer bei Bürgern mit sozioökonomischen Sorgen
- Geringes Vertrauen kann nicht als Modernisierungssymptom gelten

Vertrauen in politische Parteien – eine gemischte Bilanz

- Umfragen zu politischem Vertrauen bilden Stimmungen ebenso wie grundlegende und handlungsrelevante Haltungen der Bürger zu den Parteien ab
 - Bedingt geeigneter Indikator mit Vorteilen (lange Zeitreihen, Institutionenvergleich) und Nachteilen (konzeptionelle Einordnung, ‚weicher‘ Indikator für Beziehungen zwischen Gesellschaft und Parteien)
- ➔ Zusammen mit anderen Entwicklungen ist es ein Beleg für den schwindenden gesellschaftlichen Rückhalt der Parteien